

# Bei Wüppesahl war nur ein Autoradio zu holen

Der Gerichtsvollzieher kam vergeblich, um Zwangsgeld einzutreiben

Geesthacht. Der städtische Gerichtsvollzieher war bei dem fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Thomas Wüppesahl „zu Gast“. Sein Anliegen: Er wollte Zwangsgeld einziehen, das dem grünen Politiker aufgrund seines Volks-

zählungsboykotts auferlegt worden war. Der Beamte erreichte sein Ziel jedoch nicht, sondern ging unverrichteter Dinge wieder davon – mit der Bemerkung, daß nun andere Schritte zu überlegen seien.

Aufgrund seiner Weigerung, die drei Bögen der Volkszählung auszufüllen, war Wüppesahl bereits zweimal ein Zwangsgeld androht worden. Nachdem dieser den Aufforderungen nicht nachgekommen war, kam jetzt der Gerichtsvollzieher persönlich, um einen Gegenstand seiner Wohnung im Langen Kamp zu pfänden.

Am Mittwochmorgen um 10 Uhr war ein Termin vereinbart worden. Wüppesahl empfing den Beamten bereits auf der Straße und teilte ihm mit, daß er ihm ohne Durchsuchungsbefehl keinen Eintritt in seine Wohnung gewähren werde. Der Bundestagsabgeordnete bot dem Gerichtsvollzieher jedoch sein Auto, eine Ente, an und forderte ihn auf, den darin befindlichen Cassettenrekorder zu pfänden. Dieser Aufforderung kam der Gerichtsvollzieher allerdings nicht nach, sondern statt

dessen fuhr er wieder davon mit der Bemerkung, einen anderen Weg zu suchen.

Wie Wüppesahl der anwesenden Presse mitteilte, habe er ein Exempel statuieren und demonstrieren wollen, daß auch die neue Landesregierung mit Druck reagiere, wenn der Bürger nicht ordnungsgemäß handle. Wüppesahl verwies dabei auf die Regierungserklärung von Björn Engholm. Dieser habe damals betont, er wolle eine Gesellschaft, in der nicht bewußt benachteiligt, ausgegrenzt und gedemütigt werde.

Er wolle weiter eine politische und geistige Streitkultur schaffen, in der aus Gegnern nicht mehr Feinde würden und in der vernünftige Ideen und Vorschläge auch dann eine Chance hätten, wenn sie aus einem anderen Lager stammten. „Um nicht gegen mein Gewissen zu handeln, muß

ich auch weiterhin die Annahme des Fragebogens verweigern,“ begründete Wüppesahl sein hartnäckiges Handeln. Bereits im Juni habe er einen offenen Brief an Innenminister Hans-Peter Bull geschrieben und ihn aufgefordert, von einer Verfolgung der Volkszählungsboykotteure Abstand zu nehmen. „Aufgrund meiner Anregung erfolgte jetzt immerhin die Einstellung der Volkszählung, soweit Erhebungsbögen nicht zugestellt waren. Aber die eingeleiteten Zwangs- und Bußgeldverfahren sollen weiter demütigen, benachteiligen und ausgrenzen,“ so Wüppesahl. In seinem Gespräch mit dem Innenminister am 9. August werde er noch einmal die Gründe für seine Weigerung darlegen mit dem Ziel, daß auch die anderen verbliebenen Boykotteure nicht unverhältnismäßig beansprucht werden. **Silke Geercken**



„Wollen Sie mein Autoradio?“ – Der städtische Gerichtsvollzieher war bei Thomas Wüppesahl, um das verordnete Zwangsgeld einzutreiben. Eine Pfändung wurde nicht vollzogen. (Foto: Silke Geercken)